

Altern in Niedersachsen:

Das Ziel sozialdemokratischer Altenpolitik: In Würde altern

Die Landesregierung behauptet, sie wolle die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe alter Menschen in allen Bereichen des Lebens erhalten und fördern.

Richtig ist:

- Noch nie wurden in Deutschland so viele Menschen so alt wie heute. Noch nie blieben so viele alte Menschen so lange gesund und vital wie heute. Noch nie waren so viele alte Menschen so gut ausgebildet wie heute. Doch das neue, positive Bild vom Alter bleibt bislang vage.
- Niedersachsen wird älter – und weniger. 2021 werden lt. Statistischem Landesamt rd. 15 Prozent weniger Kinder und Jugendliche im Lande leben als noch 2004. Gleichzeitig wird die Gruppe der über 79jährigen um 44 Prozent wachsen. Was deutschlandweit zu beobachten ist, kündigt sich auch in Niedersachsen an: eine Revolution der Alten. Dabei wird Niedersachsen unterschiedlich stark altern. 2021 werden die Einwohner in Niedersachsens Westen vergleichsweise jung sein, während der Osten und Süden einen deutlich höheren Altersdurchschnitt aufweisen werden. Die immer wieder gerne beschriebenen Untergangsszenarien sind dabei aber völlig fehl am Platz.
- Die Altenpolitik der Landesregierung nimmt diese Veränderungen aber nicht auf. Sie erschöpft sich in Medieninszenierungen. Ihr tatsächliches Handeln ignoriert oder schadet sogar den besonderen Bedürfnissen älterer Menschen.

Die Fakten:

- Weiterer Schritt in die Mehrklassenpflege: Unter dieser Landesregierung ist es für alte, pflegebedürftige Menschen wieder wichtig geworden, welcher sozialer Herkunft sie sind. Auf Bundesebene wettet die CDU gerne gegen angeblich geplante Verschlechterung für alte Menschen, die in Heimen gepflegt werden. Dabei exerziert die Landesregierung hier in Niedersachsen solche Verschlechterungen vor. Seit Streichung der Investitionskostenzuschüsse für stationäre Pflegeeinrichtungen mit Änderung des Landespflegegesetzes in 2005 durch die Landesregierung sind die damaligen Befürchtungen von SPD und Freier Wohlfahrtspflege eingetreten. Die Übertragung der Einrichtungsstandards auf die Kommunen führt inzwischen zu unterschiedlichen (niedrigeren) Standards in Niedersachsen, je nach Gusto und Finanzkraft der einzelnen Kommune. Für die Betroffenen ist es noch dramatischer. So hat die Streichung der Investitionskostenzuschüsse in Niedersachsen rund 10.000 neue Sozialhilfeempfänger "geschaffen". Besonders sozial ungerecht wird das, wenn Pflegebedürftige jahrelang von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt worden sind. Wenn die häusliche Pflege nicht mehr ausreicht und die Pflegebedürftigen ins Heim müssen, werden diejenigen, die jahrelang aufopferungsvoll gepflegt haben, jetzt auch noch zusätzlich zur Kasse gebeten. Somit wird diese Regelung auch familienpolitisch zur Katastrophe. Das führt dann im Zweifelsfall zu einer Mehrklassenpflege, bei der Betuchte in Seniorenresidenzen umsorgt werden, Menschen mit guter Rente sich noch aussuchen dürfen, ob sie allein im Einzelzimmer oder im Doppelzimmer mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin gepflegt werden wollen und Menschen, deren Rente für die Bezahlung

der Pflegekosten nicht mehr ausreicht, ihren Lebensabend im Mehrbettzimmer verbringen müssen.

- Die im Dezember 2006 vorgelegten Ergebnisse der sog. Wohnungsmarkt-beobachtung der Landestreuhandstelle (LTS) belegen: Die niedersächsischen Wohnungsmärkte unterliegen in den nächsten Jahren einem revolutionären Wandel. Schon heute schlägt der demografische Wandel, schlagen Schrumpfung und Alterung durch. Erstmals ging seit 2005 die Gesamtbevölkerung Niedersachsens zurück. Bis zum Jahre 2020 werden drei von vier Städten und Landkreisen Einwohner verlieren und der Bedarf an Eigenheimen um ein Viertel einbrechen. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach altengerechten Wohnungen und Wohnformen mit 37 Prozent massiv ansteigen. Diesen radikalen Wandel verschläft die Landesregierung. Eine Zahl macht dies deutlich: 2005 wurden niedersachsenweit gerade einmal 98 Mietwohnungen mit Landesmitteln gefördert, um sie altengerecht umzubauen. 98 Wohnungen bei einem zu erwartenden zusätzlichen Bedarf von zusätzlich 37 Prozent.
- Steigende Zahl älterer Menschen mit Behinderungen: In der Geschichte der Bundesrepublik gab es insbesondere durch die Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten bislang nur eine relativ kleine Zahl alter und sehr alter Menschen mit Behinderungen. Diese Situation ändert sich nunmehr. In den nächsten Jahren wird der Anteil älterer und alter Menschen mit Behinderungen stark ansteigen – auch in Niedersachsen. Der nunmehr nach jahrelangem Verzögerungen und Vertröstungen vorgelegte Entwurf eines Behindertengleichstellungsgesetzes ist ohne Substanz, stößt auf radikale Ablehnung bei den Behindertenverbänden und hilft auch älteren Menschen mit Behinderungen nicht, ihre Teilhaberechte aktiv wahrzunehmen. Er soll nur für Landesbehörden gelten, Kommunen bleiben vollständig außen vor. Er erschöpft sich in Kann- und Sollvorschriften ohne Sanktionsinstrumente und steht in wichtigen Teilen unter dem Finanzvorbehalt von Finanzminister Möllring. Insgesamt ist der Entwurf eher Provoaktion als Hilfe. Der Landesbehindertenbeauftragte hat ihn nicht mitgezeichnet. Niedersachsen bleibt auch mit diesem Gesetz bundesweit Schlusslicht in der Behinderten-politik.
- Demografischer Wandel: Die Regierungsfractionen von CDU und FDP torpedieren die Arbeit der Enquete-Kommission zum demografischen Wandel. Die Beratungen zur Altenpolitik wurden – wie der gesamte Sozialbereich – weit nach hinten verschoben und sollen nun im Hauruck-Verfahren und ohne vernünftige inhaltliche Diskussion durchgepaukt werden. Mit Seriosität und Interesse an der Sache hat das nichts zu tun – aber viel damit, diese für die Landesregierung heiklen Themen möglichst aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten. Absehbar ist nun, dass es zwar zum Sommer einen Abschlussbericht der Kommission geben wird. Allerdings wird die SPD zu zentralen Bereichen Kommissionsarbeit – insbesondere auch zur künftigen Altenpolitik – deutlich abweichende Minderheitenvoten vorlegen.

„Mitverantwortung, Alter als Motor für Innovation, Nachhaltigkeit und Generationensolidarität, lebenslanges Lernen und Prävention“ nennt der 5. Altenbericht als Leitbilder der Altenpolitik der Bundesregierung. Sie sind auch die Richtschnur sozialdemokratischer Altenpolitik in Niedersachsen.

Die Erfahrungen älterer Menschen, ihre Potentiale und ihr Wissen müssen stärker genutzt werden.

- Sozialdemokratische Altenpolitik in Niedersachsen bedeutet Politik für ältere Menschen, mit älteren Menschen - und vor allem durch ältere Menschen. Im Flächenland Niedersachsen kommt hierfür den Städten und Gemeinden eine besondere Rolle zu. Deren Verantwortung wird die SPD stärken. Ziel ist, dass die Kommunen mit gezielten Angeboten ältere Menschen für neue Tätigkeits- und Wissensfelder gewinnen. Ältere Menschen wollen und sollen ihre Interessen selbstbewusst vertreten. Sozialdemokratische Altenpolitik will diese Motivation stärken. Denn die meisten Älteren haben auch eine positive Einstellung zum eigenen Alter und sind gleichzeitig keineswegs an einen Rückzug aus der Gesellschaft interessiert. Viele wollen eine Fortsetzung ihres Engagements in Beruf, Wirtschaft und Gesellschaft. Die SPD wird sich außerdem dafür einsetzen, dass auch zukünftig der Wunsch von Pflegebedürftigen nach Unterbringung in einem Einzelzimmer berücksichtigt wird. (siehe auch Karte „Pflege“)
- Die SPD wird die kurzsichtige und fahrlässige Wohnungs- und Städtebaupolitik korrigieren und konsequent auf die wachsenden Herausforderungen des demografischen Wandels ausrichten. Dazu gehört u.a. die Weiterentwicklung eigenständiger Wohn- und Lebensformen älterer Menschen. Unser Ziel wird es sein, ein breites Spektrum alternativer Wohnangebote, aus dem ältere Menschen eigenverantwortlich wählen können, zu fördern. Dazu gehört neben Plätzen für betreutes Wohnen auch die Einrichtung altersgerechter Wohngemeinschaften. Dabei werden Barrierefreiheit und die gute Erreichbarkeit der Wohnungen selbstverständlich erste Priorität haben müssen. (siehe auch Karte „Wohnungs- und Städtebau“)
-
- Die SPD hat bereits im Februar 2005 einen substantiellen, umfassenden, mit den Behindertenverbänden abgestimmten und die guten Erfahrungen anderer Bundesländer aufnehmenden Entwurf für ein Behindertengleichstellungsgesetz vorgelegt. Eine der ersten Maßnahmen der SPD nach der Regierungsübernahme wird deshalb die Verabschiedung eines Landesbehindertengleichstellungsgesetzes sein. (siehe auch Karte „Behindertenpolitik“)